



April 2024

Weltfrauentag 8. März 2024: Wir waren dabei



Einige Genossinnen in der Vorbereitungsphase der Demo, zu der u.a. die LAG Feminismus aufgerufen hatte. Insgesamt gab es mehrere Demos und eine Fülle von Veranstaltungen.

Foto: -ena

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Samstag, 27.04.2024

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Friedensaktivitäten	S. 2
Ostermarsch	S. 3
Mitte-Termine der Bürgerschaftsfraktion	S. 4
Workshop Haustürwahlkampf	S. 5
Jahresempfang der Bezirksfraktion	S. 7
BO Wilhelmsburg/Veddel	S. 8
Bevo Beschluss gegen Rechts	S. 9
Bundesausschuss gegen Rechts	S. 10
Termine / Kontakt	S. 12

Aufruf des Landesverbands Hamburg:

Zu Ostern hinaus auf die Straße – Demonstrationen, Kundgebungen und Friedensfest am 01.04.2024

- Der Landesverband Hamburg ruft zur **Teilnahme an Demonstrationen, Kundgebungen** und den zahlreichen verschiedenen Aktionen zu Ostern auf.
- Besonders ruft der Landesverband auf zur Beteiligung am **Friedensfest** mit Redebeiträgen (**Tanja Chawla**, DGB; **Thomas Iwan**, DIE LINKE; **Cornelia Kerth**, VVN-BdA) und Musik (**Winni Buck**, **Khalil** (ex Rapfugees), **Combo Rosso**) des Hamburger Bündnis gegen Militarismus und Krieg sowie weiteren Akteuren am Ostermontag in Hamburg. Das Fest wird am 1.4.24 von 16 bis 18 Uhr auf der **Piazzetta Ralph Giordano** in Barmbek (direkt am Bahnhof) stattfinden.



Rüstung runter – Klima, Bildung und Soziales rauf!

Verteidigungsminister Pistorius hat mit seiner Rede bei der Münchener Sicherheitskonferenz die Diskussion um Verteidigungsausgaben weiter aufgeheizt. Er möchte das aktuelle 2-Prozent-Ziel der Nato für Rüstungsausgaben auf 3 oder 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Das passt zu dem von ihm proklamierten Ziel, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Jetzt geht er eilig diesen Weg.

Im Windschatten des russischen Überfalls auf die Ukraine wird in Deutschland weiter aufgerüstet: Die Schuldenbremse soll reformiert werden, aber nicht für Soziales, sondern für Militär und Aufrüstung, der Finanzminister spricht in laufende Kameras, Rüstungsausgaben seien Investitionen in die Sicherung der Freiheit – Soziales und Klimaschutz müssten da hintenanstehen, Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsminister Pistorius läuten bei einem Besuch bei Rheinmetall den Übergang von der „Manufaktur zur Massenproduktion“ bei Rüstungsgütern ein und der CDU-Verteidigungspolitiker Kiesewetter fordert eine Erhöhung des „Sondervermögens“ für die Bundeswehr von 100 auf 300 Milliarden (!).

Während für Militärausgaben beliebig viel Geld zur Verfügung zu stehen scheint, fehlt es in den Bereichen Bildung und Soziales an allen Ecken und Enden: Das Bürgergeld für Alleinstehende reicht auch mit Erhöhung um 52 Euro nicht zum Leben, die Kindergrundsicherung verdient ihren Namen nicht mehr, in deutschen Großstädten fehlen fast 2 Millionen bezahlbare Wohnungen, die Personalnot in Gesundheitswesen und Pflege gefährdet Menschenleben, im Bildungswesen sind Investitionen nötig und die Ausbaupläne der Bahn – zentral für die Verkehrswende – liegen auf Eis.

Wir meinen: die Rückkehr zu einer Politik der militärischen Stärke und Konfrontation ist keine Investition in den Frieden, sondern erhöht die Kriegsgefahr. Das lehnen wir ganz klar ab. Was wir brauchen, sind Konzepte und Initiativen für die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Und für den „inneren Frieden“ sollten nicht der Verteidigungs-Etat, sondern die Ausgaben für Klimarettung, Bildung und Soziales verdreifacht werden!

Auch in diesem Jahr wollen wir unsere Forderungen am Oster-Wochenende in die Öffentlichkeit tragen.

Leider hat sich die Situation in Hamburg noch immer nicht geklärt: Es gibt keinen gemeinsamen Aufruf aller Friedensbewegten zum Ostermarsch. Grund sind die ungeklärten Fragen der Abgrenzung nach rechts wie auch die Einschätzung der Rolle der NATO im Zusammenhang mit Putins Angriffskrieg. Ich würde mir schon wünschen, dass das im nächsten Jahr wieder anders ist, denn über eine Spaltung der Friedensbewegung freuen sich Putin und die immer zahlreicher werdenden Militaristen hierzulande.
- besel

**Aufruf der Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte:
Hinaus auf die Straße zum Ostermarsch –
Demonstration und Kundgebung am 01.04.2024**



Mit der Charta der Vereinten Nationen hat sich die Weltgemeinschaft 1945 nach zwei zerstörerischen Weltkriegen ein weitreichendes Entwicklungsprogramm für eine internationale Weltfriedensordnung gegeben: Die Völker weltweit sollten endlich ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen und in gleichberechtigter Zusammenarbeit für die Humanisierung der Welt nach tiefster Barbarei wirken. Zur Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit in einer hochentwickelten hochglobalisierten Welt bedarf es erst recht der vollumfänglichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation.

Gegen diese folgenreiche Erkenntnis richtet sich die Abschottungs- und Aufrüstungspolitik von BRD und EU. Der verzweifelte Versuch der NATO-Staaten, die alte Weltordnung internationaler Ausbeutung mittels Wirtschaftskriegen, militärischer Interventionen und brutaler Angriffskriege aufrechtzuerhalten, ist perspektivlos und zynisch. Das schafft keine Sicherheit, sondern produziert nur mehr Gewalt. Die Verteidigung der „westlichen Werte“ in einem verheerenden Abnutzungskrieg in der Ukraine und dem brutalen Völkermord in Gaza hält die gesamte Menschheit in unproduktiver Unterentwicklung gefangen, um sprudelnde Profite für einige Wenige zu garantieren. Die Welt braucht Völkerverständigung statt emotionalisierter Kriegshetze, diplomatische Initiativen statt Waffenlieferungen, ein aufgeklärtes Menschenbild statt ständig geschürter Feindbilder sowie Abrüstung statt Investitionen in milliardenschwere Geschenke für die Rüstungsindustrie. Zur produktiven Nutzung der geschaffenen kulturellen und materiellen Möglichkeiten für eine andauernde friedliche und gerechte Entwicklung bedarf es des Engagements der Friedensbewegten in Schulen, Universitäten, Betrieben, Gewerkschaften, Kirchen, Redaktionen, Kulturorten, auf der Straße und im Alltag mehr denn je.

Die südafrikanische Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof der UN ist Teil des notwendigen weltweiten Aufbruchs für Frieden, internationale Solidarität und gemeinsame Entwicklung. Diese Ansprüche vollumfänglich zu realisieren, steht heute umso drängender auf der Tagesordnung. Dabei kommt es auf uns alle an. Seit den 1960er Jahren gehen jedes Jahr an Ostern überall in der BRD die Menschen auf die Straße, um gegen Remilitarisierung, (atomare) Aufrüstung und Abschreckungsdoktrin für die Schaffung einer Weltfriedensordnung zu demonstrieren. In diesem Sinne: **Heraus auf die Straße zum Ostermarsch!**

Gemeinsam kämpfen wir für:

- Einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und echte Friedensverhandlungen
- Den sofortigen Stopp der Waffenexporte in die Ukraine und Beendigung der Sanktionen – zur Beendigung des Krieges braucht es diplomatische Initiativen
- Den Stopp aller Rüstungsexporte besonders in Kriegs- und Krisengebiete
- Verhandlungen für (nukleare) Abrüstung und den Beitritt der BRD zum Atomwaffenverbotsvertrag der UN
- Die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl statt weiterer Abschottung der Europäischen Union
- Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure
- Öffentliche Investitionen in zivile Entwicklung (Bildung, Soziales, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur) statt Militärhaushalt
- Den sofortigen Stopp der NATO-Übung „Steadfast Defender“ als Teil weiterer Feindbildung und Militarisierung
- Den Aufbau internationaler Partnerschaften sowie Wiederbelebung der Städtekooperation von Hamburg mit St. Petersburg

Hamburger Ostermarsch

12:30 Uhr: Auftaktkundgebung, Piazzetta Ralph Giordano, Bahnhof Barmbek
15:00 Uhr: Abschluss Barmbeker Straße, Höhe Goldbekkanal

Veranstaltungen und Infotische der Bürgerschaftsfraktion

Donnerstag, 4. April, 18:00 Uhr
Kohle hui – Erdgas pfui? Wo bleibt der Gasausstieg?

Düsternstraße 10, GLS-Bank

Mit **Stephan Jersch** (Linksfraktion Hamburg) und **Uwe Witt** (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Fragestellungen: Was steckt hinter der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung, die auch auf Erdgas und eine spätere Nutzung von Wasserstoff setzt? Welche Rolle spielt dabei auch die Abscheidung und Verpressung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS)? Brauchen wir Flüssiggas-Terminals (LNG), und schaffen wir dadurch nicht neue Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern? Was sind linke Position dazu?

Die Veranstaltung wird auch im Livestream bei Youtube übertragen:

<https://www.youtube.com/watch?v=fRnxozLRzTI>

6. April 19:00 Uhr und 7. April 17:00 Uhr
PubliCum Ex. Ein Theaterstück von kollektiv im Fenster

Rathaus Hamburg, Kaisersaal

Anmeldung: <https://www.linksfraktion-hamburg.de/theater>

Aus dem Ankündigungstext von kollektiv im Fenster:

„Das Projekt dreht sich um den Cum-Ex-Komplex und die Verstrickungen der Hamburger Wirtschaft und Politik. Im Zentrum stehen der aktuell laufende Parlamentarische Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft sowie die über 1000 Ermittlungs- und Gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen Jurist:innen und Banker:innen. Diese politischen und juristischen Prozesse haben einerseits Licht auf die Lücken des Steuerrechts geworfen. Gleichzeitig haben sie durch ihre spezifische Sprache und die Rollenhaftigkeit ihrer Akteur:innen dazu geführt, die Öffentlichkeit noch weiter von der Sache selbst zu entfernen. Wird die Aufarbeitung ihrem Anliegen, Transparenz zu schaffen, gerecht oder ist sie ebenso verschleiern wie ihr Gegenstand, die Cum-Ex-Geschäfte? ...“

Dienstag, 9. April, 11:00 – 13:00 Uhr
Ganz Ohr: Gespräche und Gummibärchen
Infotisch mit

David Stoop (Linksfraktion Hamburg)
Billstedter Marktplatz / Bei der Eilenden

Freitag, 12. April, 16:00 – 18:00 Uhr
Ganz Ohr: Gespräche und Gummibärchen
Infotisch mit
Heike Sudmann (Linksfraktion Hamburg)
Bei der Vogelstange (Wochenmarkt)

Donnerstag, 18. April, 18:30 Uhr
Die Spur des Geldes – Wirtschaftskriminalität im Visier der Steuerfahnder
Ort: Rathaus Hamburg
Mit **Birgit E. Orths** und **David Stoop**

Birgit E. Orths ist Buchautorin und seit 20 Jahren Steuerfahnderin. Sie hat bei Clan-Kriminalität, bei CumEx-Deals und Steuerhinterziehung, in Geldwäsche-Verfahren, bei den Panama Papers, bei Korruptionsvorwürfen und zuletzt beim systematischen Betrug mit Corona-Soforthilfen ermittelt. Wir sprechen mit ihr über den Hamburger CumEx-Skandal und die Rollen, die Olaf Scholz und Peter Tschentscher dabei gespielt haben.

Donnerstag, 25. April, 18:00 Uhr
Für eine neue Gewerkschaftsbewegung: Gewerkschaftspolitische Empfang
Besenbinderhof 57a (DGB), Musiksaal
Nachwehen der Pandemie, rekordbrechende Inflation, Fachkräftemangel, Krieg mitten in Europa – die ständigen Krisen der Gegenwart lassen Beschäftigte verunsichert zurück und führen gleichzeitig zu einem kraftvollen Erstarken der Streikbewegung. Gewerkschaften kämpfen dabei nicht nur für gute Arbeit sondern auch darum das Feld nicht den Rechten zu überlassen. Es brodelt in den Betrieben – nicht nur in Deutschland, sondern auch international.

In den Abend einleiten werden die Bürgerschafts-abgeordneten David Stoop und Olga Fritzsche, sowie die Hamburger DGB Vorsitzende Tanja Chawla. Die frühere Chefredakteurin des sozialistischen Magazins „Jacobin“, Ines Schwerdtner, wird über die Krisen des Kapitalismus und die neuen Kämpfe unserer Zeit sprechen und einen analytischen Blick auf die erstarkende Streikbewegung geben. Hedi Tounsi teilt seine Erfahrungen aus der harschen Praxis als Betriebsrat bei Amazon und der Organisation von Gegenwehr der Beschäftigten.

Bei Snacks und Getränken wollen wir den Abend im gemeinsamen Austausch ausklingen lassen.

Quelle: Webseite der Fraktion, mehr dort:
<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine/>

Workshop zum Haustürwahlkampf

Am Samstag, den 23.3., waren Genoss*innen aus den Stadtteilgruppen Wilhelmsburg/Veddel und Hamm/Horn in Wilhelmsburg auf Haustürwahlkampf. Im Theorieteil waren wir vormittags in unserem Fraktionsortsbüro im Vergleich zum Foto noch mehr Genoss*innen und wurden von Rainer Benecke geschult, der uns unter anderem zum Haustürwahlkampf sagte: Durch das Erfragen von Problemen der Bürger*innen an Haustüren und diese, soweit es in unserer Macht steht, zu lösen - statt Parolen erreichen wir viel mehr potentielle Wähler*innen.



Daraufhin entwickelte sich eine anregende Debatte, denn laut unseren langjährigen Genossen Lutz und Ronald sollten wir natürlich auch auf sinnvolle "Parolen" wie "Vergesellschaftung des Industriekapitals", "Verstaatlichung des Finanzkapitals", sowie "Betriebe der Daseinsvorsorge rekommunalisieren" setzen und versuchen für diese Ziele unter anderem über Kampagnen Mehrheiten in unserer Gesellschaft zu organisieren; Mehrheiten für diese Forderungen, die zum Teil wortwörtlich oder zumindest sinngemäß in unserem Grundsatz-Parteiprogramm, dem Erfurter Programm, stehen und als Leitmotiv den Demokratischen Sozialismus haben, zu organisieren, sei zwar ganz und gar nicht leicht, aber es lohnt sich allemal dafür zu kämpfen.

Um diese Forderungen zu realisieren, brauche es laut Rainer aber auch das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft und in uns, DIE LINKE - der Partei, die vorschlägt, diese Umbrüche, deren bisherige Realisierungen historisch dramatisch scheiterten, zu gestalten.

Zudem berichtete Rainer über die Kreisstadt Sonneberg in Thüringen, in der ein Nazi Landrat werden konnte. In diesem Zusammenhang sprach er über kognitive Dissonanz in den Einzelnen, ausgelöst durch die Mehrfachkrise. Und die lasse nach unten, wo zum Beispiel die Geflüchteten sind, treten. Die lasse das „Bürgergeld“ zum Neidfaktor werden, nicht das in der Krise gewachsene Vermögen der Reichsten in unserem Land wie das der Klattens und Quandts (BMW), Kühnes, et cetera. Und da es auch in Hamburg-Mitte „beeindruckende“ Wahlergebnisse der faschistischen AfD gibt, sei es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung, nämlich der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen die Nazis, notwendig, sich das Vertrauen der Menschen, unserer Nachbar*innen und Kolleg*innen zu erarbeiten - um die notwendigen Schritte zum demokratischen Sozialismus mit ihnen gemeinsam realisieren zu können und sie nicht den Nazis zum Fraß vorzuwerfen.

Nach dieser anregenden Debatte und Rainers Schilderungen aus Thüringen haben wir uns im Theorieteil auf die praktische Ebene im Haustürwahlkampf konzentriert. Unser Erarbeitetes steht im Haustürwahlkampfleitfaden - ich liebe lange Wörter-, der hier im Anschluss abgedruckt ist und allen Genoss*innen, die in Zukunft und auch und gerade mit Blick auf die bevorstehende Wahl zur Bezirksversammlung und gleichzeitig stattfindenden Wahl zum EU-Parlament am 9.6. Interesse am Haustürwahlkampf haben, als Hilfe dienen soll.

In der Praxis am frühen Nachmittag haben wir dann viele anregende Gespräche an den Haustüren geführt und sind direkt in ein Wespennest gestoßen: Im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen fallen seit einem längerem Zeitraum die Heizungen in einem Wohnblock in der Nähe des Berta-Kröger-Platzes überwiegend aus und die Mieter*innen erkranken: Bronchitis et cetera.

Nun haben wir einen Antrag über unsere Bezirksfraktion in den Regionalausschuss Wilhelmsburg eingereicht, um darüber zu erreichen, dass die SAGA als zuständiges Unternehmen zeitnah eine/n Referentin/Referenten in den Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel entsendet, um zu dem für die Mieter*innen unzumutbaren Sachver-

halt Stellung zu nehmen und einen Zeitplan für eine Instandsetzung der Heizung in den betroffenen Häusern und eine angemessene Leistung von Schadenersatz an die Mieter*innen vorzustellen.

Zeitnah möchten wir zudem Unterschriften der betroffenen Mieter*innen sammeln und diese un-

ter Begleitung von Zeitungsreporter*innen der SAGA-Filiale Wilhelmsburg übergeben.

Wir danken Rainer Benecke, der uns zahlreiche Tipps geben konnte und vielen Dank an alle Genoss*innen, die uns am Samstag über viele Stunden unterstützt haben.

Text und Bild: Sven-Friedrich Wiese

Gesprächsleitfaden Haustürwahlkampf

Warum machen wir Haustürwahlkampf?

Warum sind wir da? Wir sind da, um mit den Leuten zusammenzuarbeiten, um zunächst die Probleme, die sie haben, zu erfahren, also „Wo drückt der Schuh?“

Und für diese Probleme müssen wir Lösungen anbieten, bei denen die Leute möglichst mitarbeiten können. Und so kann sich hoffentlich im persönlichen Gespräch Vertrauen entwickeln.

Wir wollen also unsere Parteipolitik direkt im Kleinen präsentieren, sodass sie hier direkt erleb- und wahrnehmbar wird, indem sie auch kleine Erleichterungen verschafft.

Es hat auch Erfolge bei Wahlergebnissen gezeigt (Thüringen, Kassel, Eimsbüttel) und gilt als die effektivste Methode des Wahlkampfes.

Wie machen wir Haustürwahlkampf?

Wir gehen an das große Klingelbrett am Hauseingang und klingeln: „Guten Tag, mein Name ist ..., wir sind von der LINKEN in ..., wir möchten kurz mit Ihnen sprechen, würden Sie uns bitte einmal reinlassen?“ Dann fahren wir ganz nach oben mit dem Fahrstuhl und arbeiten nach unten.

Wir müssen sichtbar als DIE LINKE sein (Westen, Taschen, etc.). Wir sind immer zu zweit. Möglichst Mann und Frau. Sich selbst und Genoss*in namentlich vorstellen und dass wir von der LINKEN sind. Wenn Leute sagen „Nee, keine Lust!“, dann gehen wir sofort. Wenn uns eine Frage gestellt wird, die wir nicht beantworten können, ehrlich sagen: Weiß ich nicht, wenn es

Sie sehr interessiert, informiere ich mich und komme wieder. Bei den Fakten, bei der Wahrheit bleiben. Wenn wir sagen, wir kommen wieder, müssen wir das auch tun.

Nicht provozieren lassen. Wenn die Tür zugeschlagen wird, dann kann man in der Situation nichts machen. Wenn im Gespräch menschenfeindliche Positionen vertreten werden, dann „Das ist nicht meine Meinung, auf Wiedersehen, schönen Tag noch“. Dort zu diskutieren, bringt nichts.

Jetzt konkret: Wir klingeln an der Wohnungstür: „Guten Tag, wir sind soundso von der LINKEN. Ich bin heute hier in Ihrem Haus unterwegs, um von Ihnen zu hören, welche Probleme es hier im Haus und in Ihrer unmittelbaren Umgebung gibt. Die würden wir gerne mit Ihnen lösen“. Manche kommen ins Grübeln, manche nennen Sachen. Bei Grübeln: Müll und Mieten ansprechen (oder was man als Problem schon ahnt). Flyer kann gegeben werden, aber auch nicht zu viel zu lesen geben.

Erfassungsbogen und Klemmbretter. DIE LINKE App gibt's im Appstore, aber Nachteil: Man kann nur notieren, wo man war. Zurück zu den analogen Erfassungsbögen, die wir beim Haustürwahlkampf in Wilhelmsburg am 23.3. dabei hatten: Alles eintragen, Strichlisten führen für Menge an Haustüren und die angesprochenen Probleme.

Wenn jemand nicht da ist: Flyer in den Türrahmen oder auf die Fußmatte legen. Am besten Flyer mit Schlaufe zum an die Tür hängen.

Einladung zur 3. Norddeutschen Friedenkonferenz:

**75 Jahre Grundgesetz – und heute?
Frieden schaffen statt „kriegstüchtig“ werden!**

Sonntag, den 21. April 2024, 10.30 – 18 Uhr

Hannover, Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92

Jahresempfang der Bezirksfraktion

Bei strahlendem Sonnenschein hat unsere Bezirksfraktion am 17.3. ihren Jahresempfang gegeben.

Uwe hat den offiziellen Teil mit politischen Chansons auf seinem Akkordeon eingeläutet. Dass ihn das schreckliche Treiben im rechten Sumpf unheimlich umtreibt, hat er in künstlerischer Form den zahlreichen Genoss*innen im Billstedter Kulturpalast sehr gut vermitteln können. Wer mehr von Uwe hören möchte, schreibt ihn bitte an: boehm-uwe@gmx.de und kauft seine aktuelle CD. Es lohnt sich! (Da ich Uwes Polit-Chansons aufmerksam lauschte, habe ich kein Bild gemacht und deswegen hier ein Bild von Uwe vom Ohlsdorfer Friedensfest.)



Danach hielt unser Bezirksfraktionsvorsitzender Marinus eine überaus gelungene Rede, in der er unter anderem die letzten Jahre der Fraktion Revue passieren ließ. Außerordentlich gut, weil pietätvoll, haben mir seine Worte zu den leider viel zu früh verstorbenen Fraktionsmitgliedern Christine und Teddy, Tilman als Bezirksfraktionsgeschäftsführer und als Bezirksausschussmitgliedern Marion und Manfred gefallen.

Nach einem weiteren Polit-Chanson von Uwe hielt Ernst vom Hamburger Bündnis gegen Rechts sein Referat und seine Informationen über die Backgrounds der Hamburger AfDler waren verstörend und interessant zugleich. Die gefährlichste Partei im parlamentarischen Spektrum ist zweifelsohne die AfD!

Ernst' Referat wurde von Uwe passend mit einem weiteren nachdenklichen Polit-Chanson zur Thematik abgerundet.

And last but not least referierte Kay vor der Mittagspause über den MSC/HHLA-Deal, der unter anderem in der Februar-Ausgabe des Mittemang ab Seite 10 und im aktuellen Linksinsulaner in Form eines Interviews nachzulesen ist.

Über die drohende Privatisierung des Hafens wurde im Anschluss auf der Terrasse mit Kay weiter angeregt diskutiert (siehe dazu das Bild.)



Es gab ein kaltes Buffet, das fast keine Wünsche übrig ließ. Mein einziger Kritikpunkt an dieser Veranstaltung ist, dass es kein Brot gab, das ich beim kalten Buffet eigentlich obligatorisch finde, da ich nun mal gerne die verbliebene Sauce auf meinem Teller mit Brot sozusagen aufwische und meinem Magen einverleibe.

Will sagen: Es war eine überaus gelungene Veranstaltung, denn wenn ich schon solche klitzekleinen Schönheitsfehler erwähne, ist alles in Butter auf dem Kutter.

Text: Sven-Friedrich Wiese

Bilder: Sven-Friedrich Wiese und Uwe Böhm

Aktivitäten der BO Wilhelmsburg/Veddel März

Rückschau:

Am Samstagvormittag, den 16.3., haben wir mit drei Genossen am Stübenplatz unter anderem am Infotisch unsere aktuelle Linksinsulaner-Ausgabe verteilt. Zwar ist das Lasten-E-Bike der Bezirksfraktion schicker als unser im Vergleich dazu etwas schnöder Infotisch, aber letztendlich geht das auch klar, da es sozusagen einen Old School - Charme versprüht. In unserer Mittemang Ausgabe Juni 2023 ab Seite 12 habe ich übrigens einen Artikel über die Premiere unseres E-Lastenbikes geschrieben. Und überhaupt lohnt sich auch mal ein Blick auf unsere Die Linke Hamburg-Mitte-Homepage, die von Wolfgang gut betreut wird.

Wie dem auch sei, ausnahmsweise mussten wir aufgrund der widrigen Wetterbedingungen diesmal leider unsere Präsenz am Stübenplatz früher beenden. Aber beim nächsten Mal ziehen wir uns einfach Friesennerze an und dann ist alles im Lot auf'm Boot.

Texte und Bild: Sven-Friedrich Wiese



Ausblick:

Elbtower-Desaster

Am Donnerstag, 11.4., haben wir im Wilhelmsburger Bürgerhaus von 19 bis 21 Uhr eine Veranstaltung zu diesem ungemein virulenten Thema mit Heike Sudmann als kundige Referentin organisiert. Alle in meinem Bekannten- und Freundeskreis reden darüber, regt es außergewöhnlich auf. Also ist es nur folgerichtig, dass wir die kritischen Einschätzungen und guten Vorschläge zu der Frage „Und nun!? – Wie weiter?“ der Hamburger Linken dazu präsentieren. Auch wenn folgende Formulierung womöglich abgeschmakt wirken mag –und ich werfe auch gleich noch drei Euro ins Phrasenschwein-, aber die Themen, die Hamburger*innen interessieren, liegen förmlich auf der Straße und wir müssen sie nur aufgreifen.

A poster for an event titled 'Desaster Elbtower' with the subtitle '„Kurzer Olaf“ – was nun?'. The poster features a red crane and a building under construction. Text on the poster includes: 'Die Linke', 'Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte', 'Do, 11. April | 19 Uhr', 'Bürgerhaus Wilhelmsburg', 'Eintritt frei', 'Mit Ronald Wilken Linksfraktion Hamburg-Mitte', and 'Heike Sudmann Linksfraktion Hamburg'. A small vertical text at the bottom right reads 'Ulrich W. Wittenberg (Ulrich Wittenberg) 03 100 100 100'.

Gegen Rechts – Für Frieden und soziale Progression!

Einstimmiger Beschluss des Bezirksvorstandes DIE LINKE Hamburg-Mitte vom 27.02.2024

Wir werden nicht nachlassen, bis der AfD und allen anderen Kräften der extrem Rechten das Handwerk gelegt ist. Wir treten dieser braunen Brut entschieden entgegen. Unsere Strategie gegen Rechts vereint antifaschistische Aufklärung mit den Kämpfen für sozialen Fortschritt, Frieden und internationale Solidarität. Dies beinhaltet die Ursachen und Bedingungen für den aufhaltsamen Aufstieg der extrem Rechten zu erkennen, zu benennen und politisch anzugehen. Das ist die wichtigste Aufgabe der LINKEN, die ihre Wurzeln in der antifaschistischen - und Friedensbewegung gegen Faschismus und Krieg, gegen Imperialismus und Kolonialismus, für soziale, politische und persönliche Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben der Völker hat.

Für den aktuellen Aufstieg der AfD ist die verschärfte neoliberale Umverteilung von unten nach oben die wesentliche Ursache, bei zunehmender Massenverarmung weltweit, in Europa und der BRD. Damit wird der Nährboden für die völkische Ideologie, spalterische Hetze und Sündenbock-Ideologie der AfD bereitet. Dies wird durch die seit Jahren zu beobachtende Verrohung der politischen Mitte in Bezug auf Flüchtlinge und in der Demontage vom grundgesetzlichen Recht auf Asyl begünstigt. Nationalismus und Militarismus der AfD werden durch die Abkehr von SPD und GRÜNEN von der Entspannungspolitik und durch die Aufrüstungspolitik mit dem Umbau hin zu einer Kriegswirtschaft gestützt. Die Funktion der AfD ist es, den in der Bevölkerung delegitimierten Neoliberalismus als Ideologie der „Eigenverantwortung“ und Politik der ungestörten Profitmacherei zu verteidigen, zu verschärfen und notfalls auch durch militärische Gewalt die Konzerninteressen zu bedienen. Die Propagierung von menschenverachtenden Ungleichheitsideologien und Sozialdemagogie gegen „die da oben“ dienen nichts anderem, als von den eigentlichen Verur-

sachern und Profiteuren der Krise abzulenken und die soziale und solidarische Alternative zu diffamieren.

Aus der Geschichte und Gegenwart ist bekannt, dass der Rechtsextremismus, einmal an der Macht, alles unternimmt, ein brutales und autoritäres Regime zu errichten, um das Kapital zu schützen.

Die LINKE wird daher den Antifaschismus zum Grundthema im Wahlkampf für das EU-Parlament und die Bezirksversammlung in HH-Mitte machen und eng verbinden mit Forderungen und Aktivitäten für Frieden, Diplomatie und gegen Waffenlieferungen sowie zur Abschaffung der Schuldenbremse, Widerstand gegen Sozialabbau und Aufrüstung sowie für die Verteidigung und vollständige Wiederherstellung des Asylrechts. Es muss jede politische Gelegenheit zur Delegitimierung und zum Angriff auf die hetzerischen Positionen der AfD genutzt werden, weshalb die LINKE HH-Mitte ein Verbotsverfahren gegen die AfD begrüßt, da in diesem Rahmen die eigentlichen Ziele, Zwecke und Positionen der AfD (Stichwort „Remigration“) erkennbar, angreifbar und überwindbar werden. Zum tätigen Erinnern und zur Diskussion der zu realisierenden Konsequenzen aus der Befreiung vom Faschismus muss der 8. Mai zügig zum gesetzlichen und lebendigen Feiertag gemacht werden. DIE LINKE Hamburg-Mitte begrüßt die vielfältigen Aktivitäten und unterstützt die Festkundgebungen und Demo auf Jungfernstieg und Rathausmarkt am 8. Mai 2024. Die Linksfraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte wird angeregt, einen erneuten Antrag für den 8. Mai als Feiertag einzubringen.

Wir wollen auf Grundlage dieser Erklärung Flugblätter und Veranstaltungen erarbeiten, um Genoss:innen und Mitstreiter:innen zum engagierten Eingreifen und positiven Antifaschismus zu ermutigen. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!



Offensiv gegen AfD und gesellschaftlichen Rechtsruck!

Beschluss des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE vom 23. März 2024

Hunderttausende Menschen haben in den letzten Wochen und Monaten gegen die faschistische AfD und gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck demonstriert. Wir waren bundesweit als Teil dieser Bewegung auf der Straße, sind aktiv in antifaschistischen Bündnissen gegen rechts. Doch die Empörung, der Protest ist nur der erste Schritt, wir brauchen eine breite, antifaschistische Bewegung, die sich nicht im „Kontra“ erschöpft, sondern den Protest mit der Perspektive einer solidarischen und friedlichen Gesellschaft verbindet. Daran arbeiten wir als Partei Die Linke mit, überall, wo wir wirksam sind, ob in Regierung oder Opposition, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Bündnissen und Initiativen. Wir werden nicht nachlassen, bis der AfD und allen anderen Kräften der extremen Rechten die Grundlagen der politischen Existenz entzogen sind!

Unsere Strategie gegen Rechts vereint antifaschistische Aufklärung sowie Kampf für soziale Gerechtigkeit, Frieden und internationale Solidarität. DIE LINKE stellt sich mit aller Kraft gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und gegen alle Versuche, die Menschen spalten sollen. Wir lassen uns nicht gegen unsere Nachbar*innen, gegen unsere Arbeitskolleg*innen, gegen Schwächere in dieser Gesellschaft oder gegen Menschen in anderen Ländern aufbringen. Wir wissen: Diese Menschen sind es nicht, die unseren Wohlstand bedrohen. Die Steuerflüchtlinge und Großkonzerne, die ungehindert ihren Reichtum in Steueroasen bringen, kosten uns viel mehr. Die Steuergelder, die für Aufrüstung ausgegeben werden, fehlen uns bei der Bildung, Pflege, Gesundheit. Wir vergessen nicht, dass von Deutschland zwei Weltkriege ausgegangen sind, mit Millionen von Toten, Völkermord und rassistischem Vernichtungswahn. Deutsche Konzerne und deutsche Waffen sind beteiligt, wenn in anderen Ländern Not, Verfolgung und Krieg Menschen zur Flucht zwingen. Der Schwur von Buchenwald ist und bleibt uns Verpflichtung: nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Wir lassen uns dabei nicht dumm machen von der herrschenden Politik und vom politischen Mainstream. Wir wissen, dass viele Menschen in Deutschland und in anderen Ländern enttäuscht und erschöpft sind von einer Politik, die seit Jahrzehnten für einen großen Teil der Bevölkerung immer mehr Einschränkung, Entbehrung und Verzicht bedeutet. Einer Politik, die Unsicherheit in so vielen Lebenslagen geschaffen hat. Viele Menschen machen sich Sorgen, weil die Renten im Alter oft kaum noch zum Leben reichen, weil bei den niedrigen Löhnen oft das Geld selbst für einfache Dinge wie Schwimmbad oder einen Kinobesuch knapp ist. In den Schulen fällt immer mehr Unterricht aus und die Kinder bekommen oft nicht die Unterstützung, die sie bräuchten. Krankenhäuser werden geschlossen und als Kassenpatient muss man auf Arzttermine immer länger warten. Die Menschen sind berechtigterweise enttäuscht und empört über eine Politik, die die Lebensbedingungen der meisten Menschen nicht zu kennen scheint und Respekt gegenüber der Leistung so vieler Menschen fehlen lässt.

Die AfD ist keine Alternative zu dieser Politik, sondern Teil des Problems: Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus und Nationalchauvinismus. Ihr „Europa der Vaterländer“ bedeutet Europa unter der Dominanz deutschen Kapitals, im Zweifel mit Gewalt. Daher beschönigt sie beide Weltkriege und die Nazi-Diktatur (Gaulands „Fliegenschiss“) und bekämpft das tätige Erinnern an den 8. Mai als Tag der Befreiung. Unter dem Motto „Deutschland zuerst“ will die AfD die Ausgaben für Rüstung massiv erhöhen. Wenn die AfD von sozialer Gerechtigkeit spricht, meint sie Sozialabbau und Abschaffung demokratischer Errungenschaften. Das Völkische soll der ideologische Kitt für eine Diktatur des Marktes sein: Wer nicht brav und leistungsfähig ist, wird aussortiert, bis zur Vernichtung. Dem Sozialstaat sollen „Grenzen gesetzt“ werden, die Erhöhung des Mindestlohns wird abgelehnt, Hartz IV, neu Bürgergeld genannt, soll beibehalten werden und Gewerkschaften sowie betriebliche Mitbestimmung werden verteufelt. Sie will ein späteres Renteneintrittsalter und strebt eine Aktienrente an, lehnt die Vermögens- und die Erbschaftssteuer ab, und der Spitzensteuersatz soll gesenkt werden. Ihr neoliberales Programm würde den „kleinen Leuten“, denen sie sich andient, in Wahrheit am meisten schaden. Zur Einschüchterung berechtigter Ansprüche auf Sozialstaat und Diplomatie steht sie für Spaltung der Bevölkerung, trommelt für die Privatisierung des Subjekts, propagiert Antikommunismus und Rassismus, ein reaktionäres Frauenbild und die Privatisierung der Reproduktion samt Abtreibungsverbot und Homophobie. Wir kämpfen dagegen für die vollständige Überwindung der Ungleichheit, also für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Gegen die verordnete Einflusslosigkeit wollen wir aus dem passiven Unmut in der Bevölkerung aktive Gegenwehr ermutigen.

Die AfD ist weder Alternative noch Opposition, sondern Lüge, Demagogie und der klare Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse, die sie bis aufs Messer verteidigt und deren Brandbeschleuniger sie gleichzeitig ist. Sie spielt Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für Frieden und soziale Verbesserungen zu verhindern. Wenn die AfD von Frieden spricht, meint sie Krieg: nach innen durch

autoritären Staatsumbau mit Entdemokratisierung, Sozialabbau und Aufrüstung und nach außen militärisch.

Die AfD legt es damit auf eine Verschärfung der bisherigen neoliberalen Politik der Ampel-Regierung sowie vorangegangener Regierungen an. Diese haben mit Sozialstaatsabbau, Privatisierungen und Militarisierung den Nährboden für die Hetze der AfD geschaffen. Durch die versuchte Integration von extrem rechten Positionen der AfD, wie beim aktuellen Asylrechtsabbau durch die Ampel-Regierung, wird die weitere Rechtsentwicklung begünstigt. Die Beseitigung von Faschismus und Militarismus sind ebenso wie der Aufbau von Demokratie und Sozialstaat grundgesetzlich verankerte Konsequenzen aus der Befreiung vom deutschen Faschismus, für deren Verwirklichung wir kämpfen. Die Erkenntnis, dass Antifaschist*innen unterschiedlicher Weltanschauungen im solidarischen Zusammenschluss für die Wohlentwicklung der Menschheit die tiefste Barbarei überwinden konnten, bildet die Grundlage der Vereinten Nationen und der Menschenrechte mit Friedens- und Gewaltverbot, sowie demokratische und soziale Rechte auf die stetige Verbesserung des Lebens und der Mitwirkungsmöglichkeiten: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ (Art. 1). Die Verwirklichung dieser uneingelösten Hoffnungen ist uns Antrieb und Auftrag zugleich.

Deshalb setzt sich DIE LINKE für massive Investitionen in soziale Sicherheit ein. Für ein Leben in Würde und Respekt. Wir fordern mehr Geld für Kommunen, für bezahlbare Wohnungen und gute öffentliche Daseinsvorsorge. Wir wollen die Wirtschaft demokratisieren und zum Wohle aller Menschen ausrichten, statt zum Nutzen der Milliardäre, denen die großen Konzerne gehören. Dazu gehört ein Ende der Aufrüstung, der Einsatz für eine zivile Politik und die Verwendung der Milliardensummen zum Nutzen der Bevölkerung statt für hohe Dividenden der Aktionär*innen von Rheinmetall und Co.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden und gesellschaftlichen Initiativen kämpfen wir für eine solidarische Alternative zur herrschenden Politik von Krise, Krieg und Verarmungspolitik – in dem Wissen und der Überzeugung, dass 99 Prozent der Menschen von einer gerechteren, friedlichen Welt profitieren. Wir kämpfen gegen die Ablenkung der Unzufriedenheit auf vermeintlich illegale Migrant*innen. Wir stehen überall auf gegen Nationalismus und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus

und Antiziganismus, gegen Antisemitismus und Homophobie und Transfeindlichkeit, gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit.

Daraus ergeben sich folgende Vorhaben:

- Wir arbeiten verstärkt daran, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen, in den Ländern, bundesweit und in der EU, um die antifaschistischen Schlussfolgerungen einer Welt ohne Faschismus und Militarismus zu verwirklichen. Hin auf den 80. Jahrestag der Befreiung im Jahr 2025 organisieren Partei und Fraktion einen bundesweiten Kongress.

- Wir erinnern aktiv an die Reichspogromnacht, die Bücherverbrennung und an die Befreiung von Auschwitz und andere Gedenktage.

- Wir setzen uns für die Umbenennung von Straßen, die immer noch nach Militaristen und Kolonialisten benannt sind, nach Friedenskämpfer*innen und Antifaschist*innen ein, um mit der Würdigung von Militarismus und Krieg Schluss zu machen.

- Wir streiten für die Auflösung des „Verfassungsschutzes“ und die lückenlose Aufarbeitung der NSU-Morde u.a. mit parlamentarischen Untersuchungsausschüssen.

- Wir fördern antifaschistische Kultur und die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Partei und setzen uns insbesondere mit dem antifaschistischen Erbe auseinander.

- Wir treten der AfD und allen anderen extrem rechten Organisationen konsequent entgegen und schließen jegliche Zusammenarbeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene aus. Ein AfD-Verbot muss, inklusive des Verbots einzelner Landesverbände, sorgfältig geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen auch eingeleitet werden. Doch das wird eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb bedarf es auch jetzt konkreter Maßnahmen, um der AfD die Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit zu nehmen:

- Die faschistische AfD darf nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden: Die staatliche Parteienfinanzierung muss eingestellt werden.

- Es darf keine staatliche Förderung der ihr nahestehenden Desiderius Erasmus Stiftung geben.

- Die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), die ein Sammelbecken gewaltbereiter oder gewalttätiger Faschisten sind, muss verboten werden. Es dürfen keine Waffenscheine an AfD-Mitglieder erteilt werden.

(Zur Verfügung gestellt von Franzi Hildebrandt)

Termine in (und für) Mitte

(Oster-)Montag, 1. April, 12:30 Uhr

Ostermarsch ab Barmbeker Bahnhof
Veranstalter: Hamburger Forum,
anschließend **Friedensfest** von 16 bis 18 Uhr auf
der Piazzetta Ralph Giordano

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 02.04., 19 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Samstag, 06.04., 9-19 Uhr

Vierte Tagung des achten Landesparteitags
Musiksaal des Gewerkschaftshauses,
Besenbinderhof 67; parteiöffentlich

Montag, 08.04., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 11.4., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppen HaHoBo**
und **Billstedt**
Büro Borgfelder Straße 83

Samstag, 13.04., 11 Uhr

Rotes Frühstück (für FLINTA)
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 17.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 18.04., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3-, 11.OG
Die letzte Sitzung vor der Wahl!

Donnerstag, 18.04., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Freitag, 19.04., 16:30 Uhr

Fraktionsversammlung
Hybrid: Büro Borgfelder Str. 83 + Zoom

Mai 2024

Dienstag, 07.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 15.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 16.05., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppen HaHoBo**
und **Billstedt**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 16.05., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei:*

<https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/>

Und der der Bürgerschaftsfraktion:

<https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine>

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Laura		
Michelle Stoop		
Rhia Baguley		
Sophia Lund		
Quentin		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX